

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Linksextremistische Einschüchterung entschlossen stoppen: Bremische Bürgerschaft verurteilt den Anschlag auf das Wohnhaus des Leiters des Verfassungsschutzes auf das Schärfste!

In der Nacht vom 23. auf den 24. Januar 2026 wurde in der Bremer Neustadt ein Farbanschlag auf das Wohnhaus des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz verübt; zugleich wurde das Fahrzeug einer unbeteiligten Nachbarsfamilie beschädigt. Nach Angaben der Polizei wurden mit Farbe gefüllte Gegenstände gegen die Hauswand geworfen sowie an einem Auto Scheiben eingeschlagen und Reifen zerstochen. Dies ist ein klarer Versuch der Einschüchterung und eine Eskalation politisch motivierter Gewalt im unmittelbaren privaten Umfeld. Die Innensenatorin sprach in diesem Zusammenhang von einer „absoluten Grenzüberschreitung“; der Staatsschutz ermittelt. Zugleich wurde ein möglicher Zusammenhang mit der vermeintlichen Enttarnung einer V-Person in der linksextremistischen Szene benannt, ein Hinweis darauf, dass sich die Tat in ein extremistisches Bedrohungs- und Einschüchterungsmilieu einfügen könnte.

Besonders alarmierend ist, dass kurz darauf ein Bekennerschreiben auf einer Szeneplattform veröffentlicht wurde. Darin wird der Angriff ausdrücklich als „Besuch“ an der Privatadresse beschrieben, das Haus sei „mit Farbe markiert“ und am PKW seien „Fenster und Reifen“ demoliert worden. Das Schreiben enthält darüber hinaus eine offene Feindbildmarkierung gegen den Verfassungsschutz („Unser Hass gilt dem Verfassungsschutz“) sowie die Forderung, den Verfassungsschutz unabhängig von rechtlichen Maßstäben „abschaffen“ zu wollen. Am Ende steht eine unmissverständliche Droh- und Einschüchterungsbotschaft („Fühl dich niemals sicher“).

Politisch motivierte Gewalt und Einschüchterungsversuche gegen Repräsentanten der Sicherheitsbehörden, noch dazu am privaten Wohnort und unter Inkaufnahme von Schäden bei Unbeteiligten, sind Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat. Sie treffen nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sondern zielen auf ein Klima der Angst in der Mitte unserer Gesellschaft.

Das Ziel der Täter ist klar: Wer den Staat schützt, soll persönlich bedroht werden. Die Bremische Bürgerschaft setzt mit dieser Entschließung daher ein klares, überparteiliches Signal: Null Toleranz gegenüber politischer Gewalt. In dieser Zeit ist es notwendig, dass sich alle demokratischen Kräfte in der Bremischen Bürgerschaft unmissverständlich von linksextremistischer Gewalt und ihren Rechtfertigungsnarrativen distanzieren und entschieden jede Form der Relativierung zurückweisen.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

- I. Die Bremische Bürgerschaft verurteilt den Anschlag vom 23./24. Januar 2026 und jede Form politisch motivierter Gewalt, Bedrohung und Sachbeschädigung als Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung auf das Schärfste. Jeglicher Relativierung politischer Gewalt, unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie erfolgt, tritt sie entschieden entgegen.
- II. Die Bremischen Bürgerschaft erkennt in diesen Taten das, was sie wirklich sind: Gewaltkriminalität gegen den Staat, seine Institutionen und seine Vertreter sowie ein Einschüchterungsversuch gegen unsere freiheitliche Gesellschaft. Die Bremische Bürgerschaft stellt sich entschlossen gegen jeden Versuch, diese Taten als „Aktivismus“ zu rechtfertigen und zu legitimieren.
- III. Die Bremische Bürgerschaft stellt fest, dass der Anschlag auf das Wohnhaus des Leiters des Landesamts für Verfassungsschutz sowie die Beschädigung des Fahrzeugs einer unbeteiligten Nachbarsfamilie in jeder Hinsicht inakzeptabel sind und erkennbar auf die Einschüchterung des Behördenleiters abziehen; wobei die Aufklärung dieser Straftaten im besonderen öffentlichen Interesse liegt und der Schutz von Beschäftigten der Sicherheitsbehörden und deren Familien eine Kernaufgabe des Rechtsstaates ist.
- IV. Die Bremische Bürgerschaft erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem betroffenen Behördenleiter, seiner Familie sowie der unbeteiligten Nachbarsfamilie, deren Eigentum beschädigt wurde sowie mit den Beschäftigten von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die tagtäglich für die Sicherheit im Land Bremen einstehen.

Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU